



PL

## **Dringlicher Antrag**

**Fraktion der CDU,**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**

**Fraktion der SPD,**

**Fraktion der Freien Demokraten**

**Weitere Eskalation im Nahen Osten verhindern - Solidarität mit Israel ist nicht verhandelbar**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist bestürzt über die erneute Eskalation im Nahen Osten, die bereits zahlreiche Opfer forderte und unterstützt den Appell des Generalsekretärs des UNO-Sicherheitsrates, António Guterres, dass Blutvergießen, Terror und Zerstörung aufhören müssen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich für eine Vermittlung durch die internationale Gemeinschaft einzusetzen, um eine weitere Eskalation des Konflikts abzuwenden. Der Landtag betont nachdrücklich, dass die Solidarität mit Israel nicht verhandelbar ist. Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands und ist somit Teil unserer Staatsräson.
2. Der Landtag bekennt sich zu der historischen Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen. Jeder Angriff auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihre Synagogen oder Einrichtungen wird auf das Schärfste verurteilt. Der Landtag bestärkt die Landesregierung darin, die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen laufend zu überprüfen, anzupassen und einen engen Austausch der Sicherheitsbehörden mit den jüdischen Einrichtungen fortzuführen. In diesem Zusammenhang würdigt der Landtag die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten der Hessischen Landesregierung.
3. Der Landtag stellt mit größter Besorgnis fest, dass Antisemitismus in Deutschland wieder zunimmt. Der Landtag bekennt sich dazu, klar gegen jede Form des Antisemitismus einzutreten. Es gibt keine Rechtfertigung für Antisemitismus. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, über unterschiedliche Ausprägungen des Antisemitismus und die jeweiligen Hintergründe, Logiken und Wirkungsweisen aufzuklären. Neue Ausprägungen des Antisemitismus zu erkennen, gehört genauso zur Verantwortung Deutschlands, wie Israel seine Solidarität zuzusichern.
4. Der Landtag setzt sich gerade in diesen Zeiten besonders dafür ein, die vielfältigen Beziehungen zum Staat Israel zu pflegen. Dafür sollen unter anderem Schulpartnerschaften, insbesondere mit der Gedenkstätte Yad Vashem, ebenso wie Regional- und Städtepartnerschaften ausgebaut und gestärkt werden. Der Landtag regt an, zeitnah eine hochrangige Delegationsreise nach Israel zu unternehmen. Gespräche vor Ort zu führen und vorhandene Verbindungen aufrechtzuerhalten ist insbesondere in Zeiten der Bedrohung von grundlegender Bedeutung. In die Vorbereitung sollen die Vertreter aller politischen Stiftungen, die in Israel und Palästina aktiv sind, mittels eines Dialogforums einbezogen werden.
5. Der Landtag ist davon überzeugt, dass Deutschland und die Europäische Union einen aktiven Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten müssen und dem Friedensprozess eine neue Dynamik geben können. Ziel ist und bleibt eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes durch diplomatische Bemühungen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Mai 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:



**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:



**Mathias Wagner (Taunus)**

Für die Fraktion  
der SPD  
Die Fraktionsvorsitzende:



**Nancy Faeser**

Für die Fraktion  
der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:



**René Rock**